

„Die Lahn muss naturnäher werden“

Umweltministerin Priska Hinz spricht im OP-Interview über Windkraft, Burgwald-Wasser und Grüner Wehr

Nach Auffassung von Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) müssen auch in Waldgebieten Windkraftanlagen entstehen, um den Klimawandel zu stoppen.

von Stefan Dietrich

Marburg. Vor einer Podiumsdiskussion in Marburg sprach die 59-Jährige, die seit 2014 der schwarz-grünen Landesregierung angehört, mit der OP über Umweltschutz und Wohnungsbau.

OP: Im Programm für die Landtagswahl 2014 haben die Grünen einen „umfassenden Schutz aller Gewässer und des Grundwassers“ versprochen. Hier in der Region haben auch Grünen-Politiker gegen den Verkauf von Trinkwasser aus dem Burgwald ins Rhein-Main-Gebiet protestiert, weil sie befürchten, dass diese Naturlandschaft mit ihren Mooren austrocknet. Heute ist die Fernwasserleitung nach Frankfurt fertig gebaut. Warum hat das grün geführte Umweltministerium dies nicht verhindert?

Priska Hinz: Der Zweckerband Mittelhessische Wasserwerke (ZMW) hatte in Kooperation mit der Oberhessischen Versorgungsbehörde AG (OVAG) die Fernwasserleitung schon vorher geplant – daher ist sie auch gebaut worden. Es soll aber nicht mehr Wasser ins Rhein-Main-Gebiet fließen. Weil wir die Bedenken ernst nehmen, haben wir einen Leitbildprozess ins Leben gerufen, wo alle an einem Tisch sitzen: Die Wasserversorger, die Kommunen und auch die Bürgerinitiativen, zum Beispiel die Ili-Steier den Burgwald“. In diesem Leitbildprozess hat man sich jetzt angenähert, und es werden noch in diesem Frühsummer Konzepte vorläufiglich. Wir brauchen eine Verständigung darüber, dass man im Rhein-Main-

„Ich halte es auch noch immer für sinnvoller, Windkraftanlagen zu bauen, als weitere Kohlekraftwerke zu betreiben.“
Umweltministerin Priska Hinz

OP: Eine Vereinbarung, die aber nicht verhindern wird, dass Wasser aus dem Burgwald oder dem Vogelsberg ins Rhein-Main-Gebiet gepumpt wird.
Hinz: Wenn es eine Vereinbarung gibt, dann muss sie auch umgesetzt werden. Die Vereinbarung soll ja nicht lassen, jeder kann machen, was er will.“

OP: In Hessen wird die Windkraft massiv ausgebaut – auch in Waldgebieten entstehen große Anlagen. Viele Menschen fragen



Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Bildnis 90/Die Grünen) im Interview. Foto: Felte Baepaer

sich: Ist das wirklich ein Gewinn für den Umweltschutz?

Hinz: Ich kann die Sorgen verstehen. Dazu muss man aber wissen, dass wir das waldreiche Bundesland in Deutschland sind. In Hessen sind 42 Prozent der Landesfläche mit Wald bedeckt. Natürlich sind es vor allem die Höhenlagen, die bewaldet sind – und das sind die Lagen, die wir auch brauchen, um die Windenergie auszubauen. Wenn Investoren Anträge stellen, um in den Vorranggebieten Windkraftanlagen zu bauen, wird nochmals genau geprüft: Ist es dort möglich, sind

alle naturschutzrechtlichen Belange eingehalten? Erst danach kann es eine Genehmigung geben. Und sie können sicher sein: Als zuständige

gryne Ministerin lege ich großen Wert darauf, dass der Naturschutz dabei nicht unter die Räder kommt. Aber es ist auch klar, wenn wir die Energiewende nicht schaffen, werden wir den Klimawandel so massiv spüren, dass der Naturschutz aus diesem Grund hinten runterfällt. Und ich halte es auch noch immer für sinnvoller, Windkraftanlagen zu bauen, als weitere Kohlekraftwerke zu betreiben. In den Braunkohlegebieten sind große Lücken entstanden, dort müssen gan-

ze Dörfer umgestaltet werden. Das ist für die Landschaftsbild sehr viel abträglicher.

OP: Mit dem EU-Projekt „Lebende Lahn“ soll die Qualität des Flusses mit Geldern in Höhe von 15,7 Millionen Euro verbessert werden. Warum ist das notwendig?

Hinz: Die Lahn muss naturnäher werden. Es gibt, vor allem die Wehre umzubauen in der Lahn, was für die Fische unheimlich wichtig ist. Und wir haben auch aus Klimagründen die Aufgabe, die Flussauen und breite Übersandflächen wieder herzustellen, weil Bäche und Flüsse mehr über die Ufer treten werden bei zunehmendem Starkregen. In einem Dialogprozess werden die verschiedenen Nutzergruppen jetzt dazu animiert, ihre Vorstellungen zu artikulieren.

OP: In Marburg wird derzeit diskutiert, ob und wie das Grüner Wehr saniert werden soll. Auf eine Anfrage ins Landtag haben Sie schon 2015 geantwortet, dass dort bis 2017 ein Fisch-Konzept geplant ist. Das werf die Frage auf: Ist das schon alles beschlossene Sache?

Hinz: Nein, das ist nicht beschlossene Sache. Das Regierungspräsidium Gießen, von dem wir die Informationen haben, hatte 2014 diesen Planungsstand. Seither gibt es keinen weiteren Planungsstand, die Stadt Marburg hat das zunächst nicht weiter vorrückt. Wir haben die Anforderung, dass an allen Flussmündungen in den Bächen und Flüssen Fischtrappen eingebaut werden. Im Maßnahmenplan für die Gewässerqualität sieht, dass die Stadt Marburg

bis 2021 die Durchgängigkeit für Fische herstellt. Duran habe ich ein großes Interesse. Ob aber am Grüner Wehr auch eine Kanarutsche und ein Podest entstehen oder nicht, das ist kommunale Planung – da mischen wir uns nicht ein.

OP: Das Landgericht Frankfurt hat die Mietpreisdrehscheibe für ungültig erklärt, weil sie vom Land nicht ordnungsgemäß begründet sei. Frage an Sie als ständige Ministerin: Was ist da schief gelaufen?

Hinz: Es stimmt nicht, dass sie nicht ordnungsgemäß begründet ist. Im Gesetz steht, dass die Verordnung begründet werden muss – aber nicht, dass diese Begründung veröffentlicht werden muss. Das ist der Punkt, worauf sich das Urteil gestützt hat. In Hessen wurde die Begründung der Verordnung nicht veröffentlicht, genauso wie in fünf anderen Bundesländern. Das lag daran, dass das Bundesgesetz das nicht vorgibt. Deshalb wurde die Verordnung in einem Streitfall zwischen Mieter und Vermieter für nichtig erklärt. Ansonsten gilt die Mietpreisbremse in Hessen weiter, weil es ein zivilrechtliches Urteil war, kein Verwaltungsgericht. Wir werden nun die Datengrundlage auf den neuesten Stand bringen, und dann wird die Verordnung in diesem Jahr neu in Kraft gesetzt und die Begründung veröffentlicht.

OP: In vielen Städten fehlen vor allem Wohnungen im mittleren Preissegment. Wie Wohnungen gebaut, muss auch Sozialwohnungen geschaffen, macht dann aber

den Rest umso teurer. Wie lässt sich dieses Problem lösen?

Hinz: Wir haben unsere Förderprogramme schon vor knapp drei Jahren so ausgebaut, dass wir sowohl Wohnungen für Geringverdienende als auch für mittlere Einkommen fördern. Und das wird gut angenommen. Die meisten Wohnungsbaugesellschaften tarieren das etwa so aus: Bei einer Quote von 30 Prozent wollen wir 10 Prozent für das mittlere Preissegment und 20 Prozent für die unteren Einkommen.

OP: Bleiben die Gelder für sozialen Wohnungsbau nach 2019, wenn das Land keine Ausgleichszahlungen vom Bund mehr bekommt, auf dem derzeitigen Niveau?

Hinz: Wir haben Bundesmittel, die wir über die Umsatzsteuerverpflichtung erhalten, schon jetzt im Finanzplan 2020 für Wohnen eingeplant. Mit Landesmitteln aufgestockt kommen wir so auf 300 Millionen Euro im Jahr. Auf diesem Level wollen wir mindestens bleiben, jedenfalls, solange ich da etwas zu sagen habe. Und zusätzlich haben wir das Eigenkapital der Naturschutzgesellschaft für Wohnungsbau, erhöht. Sie wird bis zum Jahr 2022 nochmals 5 000 Wohnungen bauen, auch im bezahlbaren Segment. Es bleibt zudem bei der Aussage, dass in Hessen seit 2014 nicht kein Antrag auf Wohnraumförderung wegen fehlender Mittel abgelehnt wurde. Wir stellen insgesamt 1,7 Milliarden Euro für Wohnungsbau zur Verfügung, das ist Rekord in Hessen.

OP: Die Wohnungswirtschaft fordert einfachere Genehmigungsverfahren. Was halten Sie von Typen- und Seriengenehmigungen, auch gleiche Wohnungen an mehreren Orten gebaut werden?

Hinz: Das ist eine der Lösungen, die es möglich machen, relativ rasch zu Wohnungen zu kommen. Wir sehen dem offen gegenüber.

OP: Aktuell wird in Deutschland viel über die Pelekanung mit Stickstoff durch Dieselgase diskutiert. Kommen wir um Fahrverbote in besetzten Städten noch herum?

Hinz: Es wäre schön, wenn es ohne allgemeine Fahrverbote ginge. Aber wir haben in Hessen in etlichen Städten noch so hohe Werte, dass sie wahrscheinlich bis zum Jahr 2020 nicht die von der EU vorgeschriebene Norm erreichen. Und wenn Gerichte entscheiden, dass Dieselfahrzeuge aus bestimmten Zonen draußen gehalten werden müssen, dann gibt das nur mit Einzelfahrverboten. Um die überhaupt kontrollieren zu können, brauchen wir etwas härtere Maßnahmen. Aber die Bundesregierung lässt die Kommunen und Länder bisher allein.